Rhein-Erft
SPD

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IM KREISTAG DES RHEIN-ERFT-KREISES

Medieninformation

24.01.2018

Bezahlbarer Wohnraum im Rhein-Erft-Kreis

Was kann der Kreis unternehmen?

Wohnraumschutzsatzung und Stopp von vorzeitigen Tilgungen möglich?

„Der Mangel an bezahlbaren Wohnraum wird im Rhein-Erft-Kreis zunehmend Thema“, erklärt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Dierk Timm. „In manchen Städten, wie Pulheim oder Hürth, ist der Markt leergefegt. Und das Problem weitet sich aus.“ Schon lange weisen die Sozialdemokraten auf diesen Umstand hin, stoßen bei der Kreistagsmehrheit aber auf Granit. „Die Verantwortung wird hin und her geschoben“, so Timm. „Man muss beinahe annehmen, dass die Kreistagsmehrheit die Dramatik noch nicht voll erfasst hat.“

Zur nächsten Sitzung des Kreisentwicklungsausschusses hat die SPD-Fraktion nun zwei Anfragen eingebracht. „Ein Problem im Kreis besteht darin, dass viele Darlehen für die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum von den Investoren vorzeitig abgelöst werden. Damit fallen die Wohnungen früher aus der Mietpreisbindung“, erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss, Manfred Schellin. „Zwischen 2012 und 2016 wurden bei uns im Kreis Darlehen in Höhe von 105 Mio. Euro vorzeitig getilgt. Wir wollen wissen, ob der Kreis als die für die Bewilligung der Fördermittel zuständige Behörde darauf Einfluss nehmen und beispielsweise vorzeitige Tilgungen ganz oder in bestimmten Situationen, wie einem akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum, untersagen kann.“

Ein weiteres Thema spricht der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Helmut Halbritter, an. „Gerade in den Städten, die wie meine Heimatstadt Wesseling direkt an Köln grenzen, wird Wohnraum zunehmend zweckentfremdet und beispielsweise regelmäßig an Touristen, Messebesucher oder auch Handwerker auf Montage vermietet. Damit können Vermieter mehr Geld verdienen, als mit einem normalen Mietverhältnis – der Wohnungsmarkt wird dadurch aber weiter verknappt.“ Halbritter und die SPD-Fraktion möchten deshalb wissen, ob es möglich ist, Wohnraumschutzsatzungen nach dem Vorbild der Stadt Köln zu erlassen, die solche Nutzungen unterbinden.

„Ein Verbot vorzeitiger Tilgungen und Wohnraumschutzsatzungen würden das Problem im Kreis nicht lösen“, so Timm abschließend. „Es könnten aber zwei Bausteine sein, die uns schon ein Stück weiterbringen würden.“

SPD-Fraktion im Kreistag
des Rhein-Erft-Kreises
Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim

www.facebook.com/rheinerftspd
spd-fraktion@rhein-erft-kreis.de
www.rhein-erft-spd.de

Fon 02271 83 18121
Fax 02271 83 22315

Wesseling | Pulheim | Kerpen | Hürth | Frechen | Erftstadt | Elsdorf | Brühl | Bergheim | Bedburg

Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt, Kreisentwicklung und Energie
Herrn Harald Könen
Holzgasse 11
50189 Elsdorf

16.01.2018

Anfrage zur Sitzung Ausschusses für Umwelt, Kreisentwicklung und Energie am 01.02.2018
Wohnraumschutzsatzung

Sehr geehrter Herr Könen,

die SPD-Kreistagsfraktion bittet Sie, die o.g. Anfrage für die Sitzung am 01.02.2018 vorzusehen. Die Verwaltung wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Hat der Rhein-Erft-Kreis die Möglichkeit, nach dem Vorbild z. B. der Stadt Köln eine Wohnraumschutzsatzung zu erlassen?
2. Welche alternativen Möglichkeiten hat der Kreis, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern?

Begründung: Die Zweckentfremdung von Wohnraum wird in Ballungsgebieten zunehmend zu einem Problem. Darunter fällt z. B. die Vermietung an Touristen oder auch Messebesucher, teilweise organisiert über online-Vermittlungsportale, aber auch die Vermietung an nur kurzfristig vor Ort tätige Arbeitskräfte. Beispielsweise die Stadt Köln hat deshalb eine Wohnraumschutzsatzung erlassen. Da die Thematik auch im Rhein-Erft-Kreis von Köln aus vordringend immer häufiger auftaucht, sind wir daran interessiert zu erfahren, ob der Rhein-Erft-Kreis Steuerungsmöglichkeiten hat und falls ja, welche.

Mit freundlichen Grüßen

	gez.	gez.
Dierk Timm	Manfred Schellin	Helmut Halbritter
Fraktionsvorsitzender	Kreistagsmitglied	Kreistagsmitglied

Verteiler: Landrat, Fraktionen, Gruppe

Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt, Kreisentwicklung und Energie
Herrn Harald Könen
Holzgasse 11
50189 Elsdorf

16.01.2018

Anfrage zur Sitzung Ausschusses für Umwelt, Kreisentwicklung und Energie am 01.02.2018
Entwicklung Bestand bezahlbarer Wohnraum im Rhein-Erft-Kreis

Sehr geehrter Herr Könen,

die SPD-Kreistagsfraktion bittet Sie, die o.g. Anfrage für die Sitzung am 01.02.2018 vorzusehen. Die Verwaltung wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Hat die Kreisverwaltung Kenntnis darüber, in welchem Umfang im Rhein-Erft-Kreis Darlehen für preisgebundenen Mietwohnungsbau außerplanmäßig getilgt werden?
2. Stimmt die Kreisverwaltung der Aussage zu, dass die außerplanmäßigen Tilgungen und in der Folge die frühere Entlassung aus der Mietpreisbindung die Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt im Rhein-Erft-Kreis beschleunigt?
3. Gibt es Instrumente, mit denen die Kreisverwaltung außerplanmäßige Tilgungen verhindern kann, indem z. B. eine besonders angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt angeführt wird?

Begründung: Mit der Drucksache 900/2017 wurde eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Sarah Philipp und Sven Wolf zur Entwicklung des Bestands an bezahlbarem Wohnraum in Nordrhein-Westfalen beantwortet. Die Beantwortung enthält auch Zahlen für den Rhein-Erft-Kreis. Neben dem bis 2040 prognostizierten, massiven Rückgang auf rd. 5.500 Wohneinheiten (2000: 14.430 WE; ohne weitere außerplanmäßige Rückzahlungen) ist dabei der Umfang der außerplanmäßigen Tilgung bemerkenswert, die zwischen 2012 und 2016 im Rhein-Erft-Kreis 105 Mio. Euro betrug. Die SPD-Fraktion ist daran interessiert zu erfahren, ob und in welcher Form es Einflussmöglichkeiten der Kreisverwaltung als Bewilligungsbehörde gibt, diese einzuschränken oder ganz zu unterbinden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dierk Timm
Fraktionsvorsitzender

Manfred Schellin
Kreistagsmitglied

Verteiler: Landrat, Fraktionen, Gruppe